

Ansprache von Regierungsrat Joachim Eder, Gesundheitsdirektor

Aktionstag der Ärztinnen und Ärzte vom 1. April 2009

Geschätzte Ärztinnen und Ärzte, geschätzte medizinische Praxisassistentinnen, geschätzte Zugerinnen und Zuger, die sich heute zum angekündigten Aktionstag hier auf dem Bundesplatz versammelt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren

Es ist fünf vor zwölf, es geht um die Wurst. Sie alle haben soeben die klaren Worte von Dr. Emil Schalch gehört. Er hat stellvertretend für alle Grundversorgerinnen und Grundversorger gesprochen, er hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, sondern seinem, ja ich kann sicher sagen, Ihrem Unmut gegenüber der (Zitat) "verfehlten Gesundheitspolitik von Bundesrat Couchepin und dem Bundesamt für Gesundheit" Ausdruck verliehen.

Ich stehe mit gutem Gewissen vor Ihnen

Ich nehme als Zuger Gesundheitsdirektor Ihre Protestaktion, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt, zur Kenntnis und nicht nur das: ich nehme Sie und Ihr Anliegen sehr ernst. Meine Anwesenheit und meine Ansprache sollen dies unterstreichen. Vor Monaten habe ich mich für das Symposium der Hausarztmedizin angemeldet, welches heute in Bern hätte stattfinden sollen. Mein Ziel war es, zusammen mit den Verantwortlichen zu diskutieren und nach konstruktiven Ansätzen in diesem seit langem schwelenden Konflikt zu suchen. Schade, dass das Symposium abgesagt wurde, weil der Streit um die Labortarife eskaliert ist. Ich bedaure dies ausserordentlich, scheint es mir doch besser, die Differenzen gemeinsam am runden (oder von mir aus auch am eckigen) Tisch zu bereinigen, als auf die Strasse gehen zu müssen.

Ich weiss, dass Sie heute nicht wegen mir hier sind. Ich habe als Zuger Gesundheitsdirektor durchaus ein gutes Gewissen, weil wir Ihre Anliegen immer unterstützt haben. So schrieb ich beispielsweise am 10. Juli 2008 bezüglich des Entwurfs zur Revision der Analysenliste mit Tarif an das BAG u.a. Folgendes:

Sehr geehrter Herr Prof. Zeltner

Die Kantone sind zu dieser Frage generell lediglich via GDK und KDK zur Stellungnahme eingeladen worden, was wir sehr bedauern.....

Wir erlauben uns jedoch, vorliegend unaufgefordert folgende Anmerkung zur Sache anzubringen. Es ist vor Umsetzung dieser Revision zu prüfen, ob durch die vorgesehenen, zum Teil massiven Tarifanpassungen allenfalls nicht wieder umkehrbare Veränderungen in der Gesundheitslandschaft in Gang gesetzt werden, die insgesamt gesehen unerwünscht sind.

Wir denken dabei insbesondere an die drohende inhaltliche Verödung der Tätigkeitsfelder der Ärzteschaft und das damit steigende Desinteresse an dieser Berufsausübung. Eine solche Entwicklung würde den derzeit viel diskutierten künftigen Versorgungsengpass (vor allem bei den Allgemeinpraktikern) allenfalls unnötig verstärken. Dies wäre aber ausserordentlich kontraproduktiv.

Soweit ein Auszug aus meinem damaligen Schreiben. Für mich als Regierungsrat ist es unmöglich zu sagen, was der "richtige" Preis für eine Hämoglobin- oder Glukose-Bestimmung ist. Dazu braucht es Experten. Es ist beunruhigend, wenn diese dann zu derart unterschiedlichen Ergebnissen kommen. In einer solchen Situation ist es deshalb zwingend, noch einmal über die Bücher zu gehen.

Griffige Massnahmen zur Förderung der Grundversorgung

Aus meiner Sicht, und diese Haltung teilen die allermeisten Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren, ist eine faire (ich betone nochmals: faire) Überarbeitung der heutigen Labortarife auf betriebswirtschaftlich korrekter Berechnungsbasis nötig. Unabhängig von dieser Frage braucht es aber vor allem griffige Massnahmen zur Förderung der Grundversorgung, für welche wir uns bereits einsetzen. Dazu gehören insbesondere

- eine zwischen Grundversorgern und Spezialisten ausgewogenere Leistungsvergütung (Sie haben die entsprechenden Äusserungen in den Sonntagsmedien bestimmt zur Kenntnis genommen)
- die Förderung der Praxisassistenten
- bessere Rahmenbedingungen für den Notfalldienst
- die Förderung von Managed Care sowie
- eine Nachfolgeregelung zur Zulassungsbeschränkung, welche die Grundversorgung nicht schwächt, sondern stärkt.

Für all diese Punkte setze ich mich ein, im Verbund mit meinen Kolleginnen und Kollegen. Ich fordere Sie als Grundversorgerinnen und Grundversorger allerdings ebenfalls auf, sich mit Bezug auf die Abgeltung Ihrer Leistungen innerhalb der Ärzteschaft selber auch für die nötigen Korrekturen des TARMED einzusetzen.

Hausärztinnen und Hausärzte sind von zentraler Bedeutung

Ich habe vorher betont, dass es für mich als Regierungsrat unmöglich ist, den richtigen Preis für eine Hämoglobin- oder Glukose-Bestimmung zu nennen. Was ich allerdings beurteilen kann und was auch absolut unbestritten ist: Die Hausärztinnen und Hausärzte sind für unser Gesundheitswesen von zentraler Bedeutung - heute und in Zukunft. Deshalb geniessen sie im Kanton Zug, also dort, wo ich die Verantwortung trage, unsere aktive Unterstützung und Wertschätzung. Dass dies nicht nur schöne Worte sind, zeigen folgende konkreten Taten der jüngsten Vergangenheit:

- Die Medikamentenabgabe durch die Ärzteschaft wurde bei der Totalrevision des Zuger Gesundheitsgesetzes nicht angetastet, obwohl gewisse Gruppen daran durchaus interessiert gewesen wären. Die so genannte Selbstdispensation stellt nämlich gerade für die Hausärztinnen und Hausärzte eine sehr wichtige Einkommensquelle dar; wir haben sie deshalb nicht zur Diskussion gestellt, sie bleibt - im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen - uneingeschränkt erhalten.
- Hingegen haben wir mit dem neuen Gesundheitsgesetz den Notfalldienst gestärkt. Zusätzlich besteht jetzt die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung des Kantons an den Ausrüstungs- und Weiterbildungskosten der ärztlichen Notfalldienste.

- Der Nachwuchs im Bereich der Hausarztmedizin wird mit dem Projekt "Praxisassistenten" gezielt gefördert. Die administrativen Hürden sind tief.
- Die Gesundheitsdirektion pflegt einen regelmässigen und institutionalisierten Austausch mit der Ärzteschaft, und zwar stets unter Einbezug der Hausärztinnen und Hausärzte. Wir haben also immer offene Ohren und Türen. Gerade in der letzten Woche habe ich mit Ihnen einen intensiven Gedankenaustausch über die neue GesV und HMOV geführt und dabei feststellen können, dass Sie mit dem, was wir im Regierungsrat in 1. Lesung verabschiedet haben, ausserordentlich zufrieden sind.
- Schliesslich möchte ich auch die Projektzusammenarbeit im Bereich der Gesundheitsförderung erwähnen.

Wir bekennen uns also zu einer starken Grundversorgung. Was in unserer Macht steht, unternehmen wir - auch wenn das nicht immer sichtbar ist. Wir wollen nichts schönfärben - unsere Mittel sind begrenzt, ob man das nun glaubt oder nicht. Die übergeordnete Gesundheitspolitik, insbesondere was das KVG und die Verordnungen anbelangt, geschieht in Bern - deshalb ist es richtig, in erster Linie auch unsere Zuger Bundesparlamentarier zu sensibilisieren. Ich bin gespannt, was die beiden anwesenden Herren National- und Ständeräte nachher sagen werden.

Die meisten wollen den Fünfer und das Weggli und die Wurst dazu

Für mich ist abschliessend Folgendes klar: Ob wir es wollen oder nicht: Die Kostenthematik wird uns in den nächsten Jahren verstärkt beschäftigen. Dazu muss die verfahrenende Situation im Verhältnis zwischen den Ärztinnen und Ärzten, dem Bundesamt für Gesundheit und den Krankenversicherern geklärt werden. Denn die meisten wollen den Fünfer und das Weggli und die Wurst dazu. Doch mit einer solchen Politik kommt man nicht weiter. Die Mittel sind begrenzt. Deshalb braucht es eine faire Aufteilung. Dabei dürfen die Hausärztinnen und Hausärzte nicht einseitig zu kurz kommen, das ist für mich absolut klar.

Allen Akteuren im Gesundheitswesen gilt mein grosser Dank. Ganz speziell danke ich heute aber Ihnen allen, den ärztlichen Generalistinnen und Generalisten, die mit ihrem teils aufreibenden und wohl nicht immer honorierten Einsatz ganz Wesentliches für unsere Gesellschaft beitragen, sei es in der Praxis, im Notfalldienst oder in öffentlichen Funktionen.

Gerne komme ich nachher mit Ihnen ins Gespräch, ja ich esse auch gerne eine Wurst mit Ihnen. Denn - das dürften Sie in der Zwischenzeit gemerkt haben - in der Gesundheitspolitik geht es fast immer um die Wurst.